

II-3 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

30.3.1966

1/J

A n f r a g e

der Abgeordneten P e t e r , Dr. van T o n g e l und Genossen  
an den Bundeskanzler,  
betreffend Novellierung des Kompetenzgesetzes hinsichtlich der verstaat-  
lichten Industrie.

-.-.-.-.-

Der im Jahre 1962 von den beiden Regierungsparteien gebildete Aus-  
schuss zur "dauernden Lösung der gesamten Probleme der verstaatlichten  
Industrie" erbrachte keinerlei Ergebnis. Seit am 30. Juni 1964 die Frist,  
die sich dieser Ausschuss selbst gesetzt hatte, verstrichen ist, wurde  
kein weiterer Versuch unternommen, auch nur eines der zahlreichen Probleme  
in diesem Bereich zu lösen. Der Eigenkapitalbedarf der verstaatlichten  
Industrie wird für die nächsten zwei bis drei Jahre auf eine Milliarde  
Schilling geschätzt. Nach Berechnungen von Fachleuten ist das Kapital der  
österreichischen verstaatlichten Industrie in der Höhe von 14 Milliarden  
seit zwanzig Jahren praktisch unverzinst geblieben. Ereignisse der letzten  
Zeit haben den Ernst der Situation in seiner ganzen Tragweite unterstrichen.  
Die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs vertreten die Auf-  
fassung, dass eine Lösung der Probleme der verstaatlichten Industrie im  
Interesse Österreichs nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden muss.  
Als eine Grundvoraussetzung hierfür wird von der Freiheitlichen Partei seit  
jeher die Beseitigung des Parteiproporz bei der Besetzung der Führungs-  
positionen in der verstaatlichten Industrie und eine proporzfreie Personal-  
politik gefordert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-  
kanzler die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage für eine  
Novellierung des Kompetenzgesetzes zuzuleiten, durch welche der politische  
Proporz im Bereich der verstaatlichten Wirtschaft beseitigt wird?

-.-.-.-.-